

## Kritik an der Reichseinigung von preußisch-alkonservativer Seite

Stephan Ehmke

Ausgerechnet von Seiten der ältesten politischen Freunde Bismarcks kam die schärfste Kritik an der Reichseinigung von 1871 innerhalb Preußens. Dabei ging es nicht um die Frage, ob ein deutsches Reich wiedererstehen sollte, sondern auf welche Weise dies geschehen, wen es umfassen und wie seine innere Gestaltung aussehen sollte. Die Rede ist von den preußischen Altkonservativen, dem Kreis von Staatsrechtlern, Theologen, Historikern, Offizieren und Politikern aus dem Kreis um Ernst Ludwig und Leopold von Gerlach, die in den 30-er bis 50-er Jahren des 19. Jahrhunderts die Politik des Königreiches unter Friedrich Wilhelm IV. prägten. Diese Altkonservativen unterscheiden wir von jenen Konservativen, die sich seit dem Beginn der "Neuen Ära" in Preußen ab 1858 dem Liberalismus, insbesondere dem Nationalliberalismus, öffneten und später unter Otto von Bismarck als "Deutschkonservative" oder "Freikonservative" bezeichnet wurden. Ihnen gegenüber blieben die Altkonservativen, allen voran ihr geistiger Kopf Ernst-Ludwig von Gerlach<sup>1</sup>, ihren ursprünglichen Ideen und Prinzipien treu. Ihre Grundlagen waren das pietistisch beeinflusste Christentum, die souveräne, aber nicht absolute Monarchie sowie der christlich-universale, organisch-korporative Staatsgedanke des "Alten Reiches", des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation<sup>2</sup>. Auf Europa bezogen waren sie der "Heiligen Allianz" verpflichtet, der Verbindung der christlichen Monarchien Rußland, Preußen und Österreich, die 1815 mit Napoleon I. das revolutionär-totalitäre Prinzip besiegt hatten. 1848 fanden sie sich in der "Konservativen Partei" Preußens zusammen. Ihr Motto war das der von ihnen im selben Jahr gegründeten "Neuen Preußischen Zeitung" (genannt "Kreuzzeitung"): "Vorwärts! Mit Gott für König und Vaterland"<sup>3</sup>.

Otto von Bismarck trat Mitte der 1840er Jahre als hinterpommerscher Gutsherr zu Kniephof in diesen Kreis. Er kam mit den Pietisten bei Adolph von Thadden in Trieglaff in Verbindung und fand zum christlichen Glauben. Dort lernte er auch Johanna von Putkamer kennen, die er 1847 heiratete. Sein besonderer Mentor und Förderer wurde Ernst Ludwig von Gerlach. Ihm und seinem Bruder Leopold<sup>4</sup> verdankt Otto von Bismarck seine frühe Karriere als Diplomat unter Friedrich Wilhelm IV. und zum guten Teil auch die Berufung zum preußischen Ministerpräsidenten 1863.

In den Reihen der Altkonservativen stand Bismarck im Kampf gegen die Revolution von 1848 und zu Beginn der Reaktionszeit. Ende der 1850er Jahre begann Bismarck sich allerdings von den altkonservativen Anschauungen zu lösen und einen "realpolitischen" Kurs einzuschlagen.

Im Verfassungskonflikt der Jahre 1859-66<sup>5</sup> unterstützte die Konservative Partei den neuen König Wilhelm I. in seinem Bemühen, die Heeresreform gegen die liberale Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus durchzusetzen. Ihnen kam es darauf an, die Rechte der Krone zu bewahren, um eine Parlamentsherrschaft zu verhindern. Ludwig von Gerlach hatte bereits frühzeitig auf die Möglichkeit hingewiesen, auch ohne vom Landtag beschlossenes Budget weiterhin bestehende Steuern zu erheben. Er bestand aber auf dem Recht des Landtages, neue Steuern zu verweigern. Er wollte den Kampf auf streng verfassungsmäßiger Grundlage führen.

Nach dem Scheitern der Regierung Hohenlohe<sup>6</sup> im Herbst 1862 wurde Otto von Bismarck

---

<sup>1</sup>Ernst Ludwig von Gerlach (1795-1877), Jurist und Politiker. Zur Person siehe den Beitrag hier:<https://www.swg-hamburg.de/2020/12/22/eine-erinnerung-an-ernst-ludwig-von-gerlach-von-stephan-ehmke/> (Aufgerufen am 6.2.2021.)

<sup>2</sup>Wichtige staatsrechtliche Vordenker waren Carl Ludwig von Haller, Carl von Savigny, Adam Müller und Julius Stahl.

<sup>3</sup>Zum Begriff "alkonservativ" siehe den vertiefenden Beitrag des Verfassers hier: [https://d4bf145c-8514-4183-8c54-72dbdfb9cb9c.filesusr.com/ugd/7a2e64\\_e5d5e365fa2240deaa2897b3eaec210a.pdf](https://d4bf145c-8514-4183-8c54-72dbdfb9cb9c.filesusr.com/ugd/7a2e64_e5d5e365fa2240deaa2897b3eaec210a.pdf) (Aufgerufen am 6.2.2021).

<sup>4</sup>Leopold von Gerlach (1790-1861), General und Generaladjutant des Königs v. Preußen. Er hatte aufgrund seiner jahrzehntelangen täglichen Vorträge auch politisch auf Friedrich Wilhelm IV. großen Einfluss.

<sup>5</sup>Zum Verfassungskonflikt: [https://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fischer\\_Verfassungskonflikt](https://de.wikipedia.org/wiki/Preu%C3%9Fischer_Verfassungskonflikt). (Aufgerufen am 5.2.2021).

<sup>6</sup> Adolf Karl Friedrich Ludwig Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, preußischer Ministerpräsident März 1862 -

Ministerpräsident. Er galt als Mann der "Kreuzzeitungspartei", hatte sich aber, wie Gerlach bitter bemerkte, in mehr als einer Hinsicht längst von den altkonservativen Prinzipien verabschiedet. Trotz der Bedenken unterstützten ihn in die Konservativen im Verfassungskonflikt und Bismarck folgte im Wesentlichen ihren Vorstellungen. Der Ministerpräsident zog den Juristen Gerlach öfter zu Rate und erbat sich sogar ein rechtliches Gutachten von ihm.

In den folgenden Jahren kulminierte die "Deutsche Frage", ob und auf welche Weise eine Einigung und ein Zusammenschluss der deutschen Länder erfolgen sollte. Die Auseinandersetzung innerhalb der Konservativen Partei spitzte sich zu zwischen dem Erhalt und der Reform des Deutschen Bundes oder einer neuen Reichsgründung auf Basis der "kleindeutschen Lösung". Die Altkonservativen um Gerlach blieben auf dem Standpunkt der ersten Lösung. Sie entsprach ihren Vorstellungen vom Prinzip der Legitimität, der historischen Kontinuität der Traditionslinien des "Alten Reiches" sowie der "Heiligen Allianz".

Zwar lehnten die Altkonservativen Pläne Österreichs von 1863 zur Bundesreform ab, da sie zu einseitig die Interessen des Habsburgerreiches vertraten und die Stellung Preußens eindeutig schwächten, doch bestanden sie ausdrücklich auf einer Einigung der beiden deutschen Großmächte. Deutschland sollte von beiden gleichberechtigt geführt und die bestehende Bundesverfassung weiterentwickelt werden. Misstrauisch meinte Gerlach bei Bismarck schon zu diesem Zeitpunkt den fehlenden Willen festzustellen, sich mit Österreich zu verständigen.

Die sich entwickelnden Differenzen traten mit der überraschenden Wiederannäherung Österreichs und Preußens 1864 in den Hintergrund. Auch bezüglich des Konfliktes mit Dänemark wegen der Herzogtümer Schleswig-Holstein blieben die Altkonservativen zunächst bei Bismarck, schließlich hatte das nordische Königreich eindeutig gegen altverbriefte Rechte verstoßen. Bei der Frage, was mit Schleswig-Holstein nach einer Trennung von Dänemark geschehen sollte, gingen die Positionen allerdings schnell und harsch auseinander. Bismarck hatte sich bekanntlich für die Annexion durch Preußen entschieden, während die Altkonservativen eine streng legitimistische Lösung forderten. Für Ernst Ludwig von Gerlach hieß dies, zu den Londoner Protokollen von 1850/52 zurückzukehren, was bedeutete, die landesrechtlich garantierte Selbständigkeit und Unteilbarkeit der Herzogtümer unter der dänischen Krone zu bewahren. Hinter der "Augustenburgischen Partei"<sup>7</sup> witterte er bloß die "demokratische Revolution"<sup>8</sup>.

Über den preußischen Sieg von 1864 freute sich Gerlach, sah er darin doch neben der Stärkung der Armee auch die ihres Befehlshabers, des Königs und der Sache der Krone selbst. Im gleichen Atemzuge betonte er aber die Notwendigkeit, weiterhin eng bei Österreich zu bleiben. Dass Bismarck inzwischen genau das entgegengesetzte Ziel verfolgte, nämlich die Angelegenheit Schleswig-Holsteins zum Bruch mit Wien zu nutzen und gleichzeitig die "Deutsche Frage" für Preußen und gegen Österreich zu entscheiden, dämmerte ihm zweifellos.

In der Folgezeit ging Gerlach in der Kreuzzeitung gegen das vor, was er als eindeutigen Rechtsbruch ansah: die Annexion der Elbherzogtümer durch Preußen. Seine scharfen Formulierungen brachten viele seiner konservativen Freunde gegen ihn auf; die Spaltung der Partei bereitete sich vor. Da Bismarck die Londoner Verträge als für Preußen nicht mehr bindend erklärt hatte, standen sie allerdings vor vollendeten Tatsachen. Gerlach drängte nun erst recht darauf, dass die Angelegenheit in enger Abstimmung zwischen Preußen und Österreich erledigt werden müsse. Folgerichtig fand die Gasteiner Konvention vom August 1865, welche die gemeinsame Verwaltung der Elbherzogtümer vorsah, den Beifall Gerlachs und der Altkonservativen. Dass dies allerdings keine dauerhafte Lösung

---

September 1863.

<sup>7</sup>Die Partei (Anhänger) des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, nächster Erbberechtigter in den Herzogtümern, der eine liberale Haltung hatte.

<sup>8</sup>Nach Kraus, Hans Christof: Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preußischen Altkonservativen. Band 3, S. 777. Göttingen, 1994.

sein konnte, war auch ihnen bewusst. Pessimistisch stimmte Gerlach Albrecht von Roons<sup>9</sup> Aussage, es werde gegen Österreich "ja wohl zum Kriege kommen"<sup>10</sup>.

Das Jahr 1866 brachte dann auch das Ende der Gemeinsamkeiten der preußischen Konservativen und den Bruch zwischen Ludwig von Gerlach und Otto von Bismarck. Letzterer wurde von seinem alten Freund und Mentor ermahnt, es "Österreich leicht zu machen, sich zu vergleichen", denn der Krieg sei ein "furchtbares Übel"<sup>11</sup>. Doch der Bruch mit Österreich war bereits beschlossen; seit dem Kronrat am 28. Februar 1866 stand der Krieg fest.

Regelrechtes Entsetzen löste bei den Altkonservativen der Vorschlag Bismarcks zu einer Bundesreform aus, den er für Preußen im April 1866 dem Frankfurter Bundestag vorlegte und in dem ein Parlament vorgesehen war, das aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehen sollte. Ludwig von Gerlach sah die Revolution wieder auf dem Vormarsch.

Gleichzeitig begann sich auch im Lager der preußischen Liberalen, welche die Mehrheit im Abgeordnetenhaus innehatten, eine Teilung abzuzeichnen. Zahlreiche Abgeordnete ihres rechten Flügels forderten ein Umdenken und Entgegenkommen zu Bismarck. Sie hatten wohl jetzt verstanden, was der Ministerpräsident vorhatte: einen deutschen Nationalstaat auf Kosten Österreichs zu errichten. Genau hierin aber sahen sie auch eine Machtchance für sich.

Ludwig von Gerlach erkannte das ebenfalls. Er beschloss nun, Bismarck offen entgegenzutreten. Auch aus Kreisen der Konservativen Partei heraus wurde er aufgefordert, publizistisch gegen den Bundesreformertrag Bismarcks zu protestieren. Gerlach begann sofort, den berühmtesten und folgenreichsten Artikel seiner Laufbahn für die Kreuzzeitung zu schreiben, den er am 5. Mai 1866 beendete und der drei Tage später erschien: "Krieg und Bundesreform"<sup>12</sup>.

Gleich zu Beginn des Artikels stellte Gerlach die Grundlage seines politischen Urteils in unmissverständlicher Form heraus: "Hüten wir uns vor der scheußlichen Irrlehre, als umfassten Gottes heilige Gebote nicht *auch* die Gebiete der Politik, der Diplomatie und des Krieges, und als hätten diese Gebiete kein höheres Gesetz als patriotischen Egoismus. *Justitia fundamentum regnorum.*" In diesem Sinne sei es Preußens Pflicht, die vorhandenen Differenzen "nicht durch Krieg, sondern durch Vermittelung des Bundes" entscheiden zu lassen. Mit beschwörenden Formulierungen warnte er davor, die bestehende Bundesverfassung zu zerstören: der preußisch-österreichische Dualismus sei "der lebendige Grundcharakter, die reale Basis der Verfassung von Deutschland ... Er hat Deutschland fünfzig Jahre Frieden und blühenden Wohlstand und - wie fast nie früher - Freiheit von fremder Einmischung verschafft ... Krieg zwischen Preußen und Oesterreich wäre ein so grundverderblicher Krieg, daß das materielle Unheil, welches jeder Krieg nach sich zieht, ... dabei kaum in Betracht käme. Es wäre ein Krieg, der Deutschland, der insbesondere Preußen und Oesterreich in ihren wesentlichen Lebensorganen schwer, vielleicht tödtlich beschädigte, - welcher Theil auch als Sieger daraus hervorginge". Zweifellos habe der Deutsche Bund "große Mängel - aber ich zertrümmere meine Familie oder mein Vaterland nicht deshalb, weil sie Mängel haben". Aus dieser Einsicht heraus müssten beide deutschen Großmächte sich nicht nur über eine friedliche Regelung des Holstein-Problems einigen, sondern sich auch über eine angemessene Reform des Bundes verständigen. Vom preußischen Reformvorschlag distanzierte sich Gerlach ausdrücklich: "Das allgemeine Stimmrecht ist der politische Bankerutt, - statt lebendiger Rechtsverhältnisse und politischer Gedanken, statt concreter Persönlichkeiten nur Ziffern und Additions-Exempel." Deshalb sei "eine Pression ..., ausgeübt mittels des Kopfszahl-Parlaments von der einen Deutschen Großmacht auf die andere, ... ein grundrevolutionärer Versuch, ... der das Herz Deutschlands und zugleich das Herz Preußens und Oesterreichs tief verwundet".

Der Artikel erschien in Deutschland und darüber hinaus und wurde als politische Sensation empfunden, schien er doch die Spaltung der Konservativen Partei in Preußen zu bestätigen. National

---

<sup>9</sup>Albrecht von Roon, preußischer Kriegsminister.

<sup>10</sup>Kraus, S. 785.

<sup>11</sup>Ebda, S. 800.

<sup>12</sup>Voller Text in: Kohl, Horst: Bismarck-Jahrbuch, vierter Band, S. 175. Leipzig, 1897

gesinnte Konservative gingen nun offen zu Bismarck über. Der Ministerpräsident, der gerade ein Attentat<sup>13</sup> überstanden hatte, ließ Gerlach wissen, dass ihn der Beitrag in der Kreuzzeitung "schwer gekränkt und schwerer verletzt hat, als das Attentat selbst"<sup>14</sup>.

Gerlach aber schrieb an Bismarck noch einmal einen mahnenden Brief: "Gott hat Sie bewahrt ... vor der Kugel des Meuchelmörders. Mein Dank für diese Gnade sei, daß ich Gott bitte, Sein heiliges Gesetz und die Erkenntniß Seines Willens tief einzusenken in Ihr Gewissen ... Bewahren Sie Preußen vor einem *ungerechten* Kriege, ... der selbst, wenn wir siegen, uns mit schwerem Verderben bedroht."<sup>15</sup>

Seine Freunde und Bekannten in der Regierung und im Königshaus (die Witwe Friedrich Wilhelms IV. suchte Gerlach persönlich in Sanssouci auf; an den Kriegsminister Roon appellierte er als einen seiner ältesten konservativen Mitstreiter) versuchte er im Sinne des Friedens zur Intervention bei Bismarck und beim König zu gewinnen - allerdings vergeblich.

Am 18. Mai 1866 kam es noch einmal zu einer persönlichen Begegnung Gerlachs mit Bismarcks, in der er dem Ministerpräsidenten seine Argumente wiederholte. Doch dieser reagierte kühl und feindselig. Es war das letzte Mal, dass die beiden sich sprachen; das Ende einer viele Jahrzehnte dauernden Freundschaft, die begonnen hatte in den Kreisen des pommerschen Pietismus, die 1848 gefestigt wurde, die sich in der Reaktionszeit und auch noch während es Verfassungskonfliktes bewährt hatte. Ludwig von Gerlach und sein Bruder Leopold hatten Bismarck "entdeckt" und gefördert. Ohne ihren Einfluss wäre er kaum so rasch politisch aufgestiegen. Bismarck hatte sich allerdings schon lange von seinen altkonservativen Prinzipien getrennt. Er war ein Real-, ein Machtpolitiker, vielleicht sogar ein Liberaler geworden.

Dem endgültigen Bruch Gerlachs mit Bismarck folgte bald derjenige innerhalb der Konservativen Partei. Nur sehr wenige der alten Getreuen blieben noch auf Gerlachs Seite. Der weit überwiegende Teil hielt sich nun zu Bismarck, einschließlich der kompletten Führung der Partei. Gerlach dachte allerdings nicht daran, aufzugeben. In der Kreuzzeitung, die nun überwiegend Bismarck-freundliche Beiträge brachte, mahnte er weiterhin zum Frieden und zur Verständigung mit Österreich. Ihn quälte nun vor allem die Vorstellung eines jahrelang andauernden Bruderkrieges, an dessen Ende das bonapartistische Frankreich über Deutschland herfallen und die Revolution vollenden könnte. Ein letzter Versuch der Verständigung innerhalb der Konservativen Partei scheiterte im Juni 1866. Gerlach wurde nun auch verwehrt, in der Kreuzzeitung zu schreiben. Unterstützung erhielt Gerlach aus katholischen Kreisen und von österreichischen Stimmen, die eine Vereinigung aller wahren Konservativen Preußens und Österreichs forderten.

Noch vor dem Ausbruch der Kampfhandlungen mit Österreich standen auf Gerlachs Seite: Adolf von Kleist, der Regierungsrat Bindewald, Reinhold von Thadden, Oberpräsident von Witzleben, Victor Aimé Huber, Gustav Le Coq, Hermann von Thile, der konservative Publizist und Politiker Heinrich Eugen Marcard und, wie Gerlach mit Genugtuung notierte, „meine fünf Neffen“.<sup>16</sup>

Noch nach Beginn des Krieges schickte er an Reinhold von Thadden einen „Status causae“, eine "Übersicht meiner Auffassung der objektiven Lage der Dinge".<sup>17</sup> Dieses Dokument enthält eine schonungslose Abrechnung mit der preußischen, von Bismarck zu verantwortenden Außenpolitik der vergangenen drei Jahre: "Preußens Unrecht" und damit "der Keim seiner heutigen Sünden" habe mit der Abkehr von den Festlegungen des Londoner Vertrages von 1852 in der schleswig-holsteinischen Frage begonnen. Mit der Eroberung der Elbherzogtümer seien "die Annexionsgelüste, der Cavourismus"<sup>18</sup> erst recht erwacht und hätten seit 1865 das Verhältnis zwischen den beiden deutschen

---

<sup>13</sup>Das Pistolenattentat des Ferdinand Cohen-Blind am 7. Mai 1866 in Berlin. Bismarck wurde nur leicht verletzt.

<sup>14</sup>Kraus, S. 806.

<sup>15</sup>A.a.O.

<sup>16</sup>Ebda, S. 817.

<sup>17</sup>Ebda, S.818.

<sup>18</sup>Anspielung auf Camillo Benso Conte di Cavour, italienischer Ministerpräsident, annektierte u.a. die souveränen

Großmächten in stetig zunehmendem Maße vergiftet. Preußen habe nicht nur die prekäre Lage der Österreicher in Holstein schamlos für sich ausgenutzt, sondern darüber hinaus die Anerkennung des Königreichs Italien auf eine die Habsburgermonarchie demütigende Weise vollzogen und zwar "- in krassem Gegensatz gegen die konservative Haltung der Bismarckschen Politik im Innern und gegen alle bis dahin auf das lauteste proklamierten Prinzipien der preußischen Konservativen". Nachdem Preußen von sich aus die Verhandlungen mit Österreich über Schleswig-Holstein abgebrochen hatte, sei die Habsburgermonarchie zu Kriegsvorbereitungen geradezu gezwungen gewesen, deshalb konnte der "revolutionäre Bundesreformplan" Preußens vom 9. April, der "allen konservativen Traditionen schnurstracks zuwider war, nur als gefährliche Drohung mitten in der schon so gefährdeten Situation angesehen werden". Nachdem Österreich den Bund über die Zukunft Holsteins habe entscheiden lassen wollen, sei Preußen in Holstein eingerückt und habe, da es in Frankfurt in die Minorität geraten sei, den ganzen Bund gesprengt und auf diese Weise den Kriegsausbruch bewußt provoziert.

Ludwig von Gerlach beharrte auf seinem Rechtsstandpunkt, doch der Verlauf des Krieges kam den Machtpolitikern entgegen. Gerlach fand sich nie mit dem Ausscheiden Österreichs aus Deutschland ab, ebensowenig wie mit den aus seiner Sicht rechts- und sittenwidrigen Annexionen Hannovers, Kurhessens und Frankfurts. Ohne die beiden gleichberechtigten Säulen Preußen und Österreich gab es für ihn kein Deutschland. Auch der Sieg 1871 gegen das von ihm verhasste bonapartistische Regime in Paris konnte ihn nicht darüber hinwegtrösten, dass es fortan ein Kaiserreich geben würde, dass so fundamental mit den alten Prinzipien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, des Deutschen Bundes und damit der Legitimität gebrochen hatte. Er trat Bismarck nun auch im preußischen Landtag, dann im Reichstag<sup>19</sup> in immer schärfer werdender Opposition entgegen. Der Kulturkampf machte den Bruch zwischen dem bekennenden altkonservativen Christen Ludwig von Gerlach und Otto von Bismarck schließlich unheilbar. Zu einer Aussöhnung, von vielen Konservativen sehnlichst gewünscht, kam es bis zum Tod Gerlachs nicht mehr. Am Schluss "hospitierte" der alte Gerlach zum Verdruss seiner alten Freunde sogar noch bei der Reichstagsfraktion der katholischen Zentrumspartei<sup>20</sup>.

---

Fürstentümer Toscana und Savoyen für den italienischen Nationalstaat.

<sup>19</sup> Ernst Ludwig von Gerlach war ab 1873 Abgeordneter des Pr. Landtages, ab 1877 des Dt. Reichstages.

<sup>20</sup> Gerlach starb am 18. Februar 1877 im 82. Lebensjahr an den Folgen eines Verkehrsunfalles in Berlin.